

PRESSEMITTEILUNG

LPK verleiht „Tonstörung“

Die Landespressekonferenz vergibt den Negativpreis „Tonstörung“ in diesem Jahr an die Landesdirektion Sachsen. Das hat die von den Mitgliedern der LPK gewählte Jury beschlossen.

Begründung:

Mit der Preisvergabe kritisiert die Vereinigung landespolitischer Journalistinnen und Journalisten die aus ihrer Sicht mangelhafte Pressearbeit der Landesdirektion Sachsen. Die oberste Landesbehörde ist in der Vergangenheit immer wieder durch fehlende Offenheit und mangelnde Kommunikationsbereitschaft aufgefallen. Medienanfragen werden in der Regel weit nach der vorgegebenen Frist, ausweichend oder auch gar nicht beantwortet. Die Pressestelle ist darüber hinaus schwer erreichbar. Die Landesdirektion präsentiert sich Journalisten als verschlossene Einrichtung, die ihre Kommunikation konsequent vernachlässigt.

Gerade in aktuellen Krisensituationen führt diese Auffassung zu einer nicht hinnehmbaren Einschränkung der journalistischen Arbeit. Regelmäßig müssen sich Journalisten dann anderweitig bei den grundlegendsten Fragen auf die Suche nach notwendigen Informationen begeben, weil die Landesdirektion ihrem Informationsauftrag nicht nachkommt. Dies zeigte sich erst vor wenigen Tagen exemplarisch beim Ausbruch aus der Dresdner Abschiebehafte und dem Dresdner Abschiebegewahrsam, als die Behörde am Wochenende nicht auskunftsfähig war. Bei der am Montag folgenden Pressekonferenz erklärten Vertreter der Landesdirektion diesen Zustand zum Regelfall. Die Jury zeigt sich darüber verärgert.

Mit der Vergabe des Negativpreises „Tonstörung“ verbindet die Jury den Wunsch, dass die Landesdirektion ihre Öffentlichkeitsarbeit überdenkt und dabei den Dienstleistungsgedanken in den Vordergrund rückt. Bisweilen erweckt die Art der Kommunikation den Eindruck, man wolle Herrschaftswissen verteidigen. Zwar gelobte die Behörde - während des Krisenmanagements im Zusammenhang mit den stark ansteigenden Flüchtlingszahlen - bereits im Jahr 2015 Besserung. Die Landespressekonferenz stellt allerdings kaum Veränderungen fest.

Aus Sicht der LPK ist es wegen der rasant wachsenden Kommunikationsgeschwindigkeit und der damit einhergehenden Gefahr von Falschinformationen unerlässlich, auch als Verwaltungsbehörde Transparenz herzustellen und offen zu kommunizieren. Die Landespressekonferenz wird daher das Gespräch mit der Landesdirektion suchen.

Als kritikwürdig empfindet die Jury mitunter auch die Arbeit der Pressestelle im sächsischen Innenministerium. Die LPK hat im vergangenen Jahr in einigen Fällen feststellen müssen, dass ebenfalls dort Ansprechpartner längere Zeit nicht erreichbar waren. Die Landespressekonferenz ist dazu bereits mit den Verantwortlichen im Dialog, weist aber aufgrund der Bedeutung des Innenressorts für die Pressearbeit dennoch auf die Defizite hin.

Kontakt:

Landespressekonferenz Sachsen e. V.
Der Vorstand

Kai Kollenberg
Falk Lange
Bastian Brandau
Juliane Morgenroth
Andrea Schawe

Geschäftsstelle LPK Sachsen e. V.
c/o Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351/493-5357 | Fax: 0351/451031-5357
E-Mail: lpk@slt.sachsen.de | Web: www.lpk-sachsen.de